

Antrag Nr. 07-F-25-0098

CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP

Betreff:

Umsetzung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 12.09.2007 -

Antragstext:

Vorbemerkung:

Gleichstellung und Integration von behinderten Menschen und die Sicherung der sozialen, kulturellen, gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist das Ziel der Wiesbadener Behindertenpolitik. Seit 1994 ist das Benachteiligungsverbot im Grundgesetz festgeschrieben. In Wiesbaden leben rund 30 000 Menschen mit Behinderungen, ihre Lebenswirklichkeit entspricht jedoch immer noch nicht den Vorgaben der Verfassung. Behinderte Menschen stoßen auch in Wiesbaden immer noch und immer wieder auf Barrieren.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten dafür zu sorgen, dass mit dem Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen zur Herstellung der Barrierefreiheit Zielvereinbarungen nach § 3 Abs. 2 und 3 HessBGG getroffen werden.

Des weiteren wird der Magistrat beauftragt, gemäß § 9 Abs. 2 HessBGG zu prüfen, ob und wie in Wiesbaden die Ziele des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes bei allen Planungen und Maßnahmen umzusetzen ist.

Ein erstes Zwischenergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2008 vorzulegen.

Wiesbaden, 12.09.2007

Bernhard Lorenz	Bettina Schreiber	Michael Schlempp
Fraktionsvorsitzender CDU	Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen	Fraktionsvorsitzender FDP

Dr. Sven-Uwe Schmitz	Meisinger-Persch	Jeanette-Christine Wild
Geschäftsführer	Geschäftsführer	Geschäftsführerin